



Islamisten-Hochburg Ouled Allal, algerisches Militär: Gnadenlose Verfolgung für uneinsichtige Gotteskrieger

ALGERIEN

Heimkehr der verlorenen Söhne

Die Islamische Heilsarmee demobilisiert ihre Gotteskrieger, Staatspräsident Bouteflika gewährt ihnen Amnestie. Doch noch ist der Bürgerkrieg nicht beendet: Mit weiterem Terror versuchen Extremisten, die Einigung zwischen Militär und Religiösen zu sabotieren.

Es herrscht Frieden im Land. Niemand soll daran zweifeln. Der Präsident hat die nationale Eintracht zwischen Mittelmeer, Atlasgebirge und den Weiten der Sahara dekretiert.

„Rahma“, Gnade, heißt das Zauberwort, und das Volk, erschöpft und verzweifelt nach acht Jahren Bürgerkrieg mit 100 000 Toten, würde nur zu gern an das Versprechen glauben, dass die schreckliche Reise durch die Nacht tatsächlich zu Ende geht.

„Wir sind auf dem Weg der Genesung“, verkündet Abdelaziz Bouteflika, 63, unermüdlich wie ein Geisterbeschwörer, der die Dämonen der Gewalt verbannen will. „Die Feinde des Friedens werden uns niemals ihre Kultur des Hasses aufzwingen können. Die Algerier sind großzügig, freundlich, aufgeschlossen und gegen jeden Extremismus immun.“

Als könne er mit der schieren Kraft des Wortes die grausige Realität der Vergangenheit ins Gegenteil verkehren, redet Bouteflika, im April 1999 ohne Ge-



Klagende Mütter von Terror-Opfern: „Sieht so der Frieden aus?“

genkandidat zum fünften Staatspräsidenten in der Geschichte des unabhängigen Algeriens gewählt, unablässig von Frieden und Versöhnung, von Gerechtigkeit und Wohlstand. „Canal Boulef“ haben die Algerier ironisch das Staatsfernsehen benannt, das allabendlich die Verheißungen ihres Präsidenten ausstrahlt. Gleichwohl haben die Ansprachen eine Welle jähler Hoffnung ausgelöst in

einem Land, das im Strudel des Terrors versank.

Sein eitel von der Seite über den kahl werdenden Schädel gekämmtes Haar gibt Bouteflika das Aussehen eines alternden Dandys. Auf seinem Wahlsieg lastet der Makel eines abgekarteten Spiels – sechs Mitbewerber hatten sich wegen aussichtsloser Chancen unter Protest zurückgezogen.

Den Mangel an Legitimität versucht er nun im Dialog mit dem Volk wettzumachen. Als Außenminister von 1963 bis 1979 war Bouteflika selbst ein Mann des alten Systems, das Algerien nach dem gewonnenen Befreiungskrieg gegen die

Franzosen zum Modellstaat der Dritten Welt machen wollte und es doch nur in die sozialistische Erstarrung führte. Heute möchte er, ein bisschen nordafrikanischer Michail Gorbatschow, ein bisschen Nelson Mandela, den Aufbruch in neue, herrliche Zeiten verkörpern. Den Arbeitslosen (30 Prozent) verspricht der Präsident Arbeit, den Obdachlosen eigene vier Wände; doch im Land fehlen min-

„Wir brauchen Opferbereitschaft“

Präsident Abdelaziz Bouteflika über Algeriens Weg vom Terrorstaat zur Demokratie, das Versöhnungsangebot an die Islamisten und die Hoffnung der maroden Wirtschaft auf Investitionen aus Deutschland

Bouteflika, 63, hatte einst sein Philosophiestudium abgebrochen, um gegen die französische Kolonialmacht zu kämpfen. Nach der Befreiung brachte er es in der Einheitspartei FLN bis zum Außenminister unter Ben Bella und Boumedienne, bevor er 1979 zurücktreten musste. Im April 1999 wurde er zum Präsidenten gewählt.

SPIEGEL: Herr Präsident, nach acht Jahren Bürgerkrieg wollen Sie die Algerier in eine zivile Gesellschaft führen. Ist Ihr vom Terror zerrüttetes Land wirklich schon reif für die Demokratie?

Bouteflika: In Algerien läuft zur Zeit ein großes Experiment. Auch wenn unsere demokratische Entwicklung noch jung ist, so ist sie doch einmalig in dieser Region. Die neue Regierung, die ich vor kurzem gebildet habe, ist der beste Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Ministerposten sind auf verschiedene Parteien verteilt, die in der Bevölkerung tief verwurzelt sind. Dennoch: Bis die Demokratie in unserer Gesellschaft wirklich fest verankert ist, müssen wir noch eine weite Strecke zurücklegen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie eine Demokratie schaffen, wenn elementare Menschenrechte immer noch missachtet werden?

Bouteflika: Bei dieser Behauptung legen Sie Menschenrechte zu Grunde, wie sie der Westen politisch definiert. Aber wir können diesen Maßstab nicht so ohne weiteres übernehmen, solange bei uns noch Menschen verhungern oder nach sauberem Trinkwasser dürsten. Bei Menschenrechten denken wir zunächst einmal an ein menschenwürdiges Leben – das ist unsere Richtschnur.

SPIEGEL: Was stört Sie an der westlichen Definition der Menschenrechte?

Bouteflika: Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Menschenrechte, wie sie der Westen versteht, sind eine Errungenschaft, auf welche die ganze Menschheit stolz sein kann. Auch wir wollen diese Errungenschaft Schritt für Schritt bei uns verwirklichen. Aber vergessen Sie bitte nicht, dass es kein einziges Land auf der Welt gibt, dass allein im Besitz der reinen Wahrheit und ein Paradies auf Erden ist.

SPIEGEL: Sie reklamieren Fortschritte, doch in Wahrheit gibt es Rückschläge.



Staatschef Bouteflika: „So Gott will, werden wir mit den Straßenräubern fertig“

NEW PRESS

Haben nicht die algerischen Frauen ihre gleichberechtigte Stellung unter dem Einfluss der erstarkten Islamisten verloren?

Bouteflika: Nach unserer Verfassung haben Frauen dieselben Rechte wie Männer. Gehen Sie doch mal an die Universitäten. Da sehen Sie am großen Andrang der Studentinnen, wie stark die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft ist. Falls Sie mit Ihrer Frage aber andeuten wollen, dass der Koran die Rolle der Frau anders definiert – dafür bin ich nicht verantwortlich. Doch auch jene Strömungen, die ewig gestrig scheinen, werden mit der Zeit den neuen Entwicklungen weichen.

SPIEGEL: Zum Erstarken des politischen Islam trugen vor allem Vetter- und Misswirtschaft unter der Einheitspartei bei. Wie wollen Sie diese Übel bekämpfen?

Bouteflika: Die Islamisten sind in der Tat nicht vom Himmel gefallen: Es waren die miserablen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, welche der Islamischen Heilsfront, dem FIS, die Anhänger zugezogen haben. Frustrierte und verzweifelte Algerier glaubten tatsächlich, der FIS böte den einzigen Weg aus der Krise. Niemals hätten es diese Menschen für möglich gehalten, dass sie damit das Land in die Anarchie und in ein unermessliches Blutvergießen treiben könnten.

SPIEGEL: Rund zwei Drittel der algerischen Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Aber noch immer hat eine Generation das Sagen, die seit der Befreiung von der Kolonialherrschaft in den sechziger Jahren die Macht in den Händen hält.

Bouteflika: Da irren Sie sich gewaltig. Aus der Garde der Unabhängigkeitskämpfer sind nur noch wenige verblieben. Diese Funktionäre brauchen wir noch immer, weil sie über wichtige Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Sie sind weder despotisch noch autoritär.

SPIEGEL: War es nicht gerade die Oligarchie aus alten FLN-Zeiten, die das Land an den Abgrund geführt hat?

Bouteflika: Ich will die Misswirtschaft der politischen Führung in den vergangenen 20 Jahren gar nicht bestreiten.

SPIEGEL: Sie, Herr Präsident, gehören doch auch zu dieser alten Führung.

Bouteflika: Ich bin schon 1979 aus allen Ämtern ausgeschieden und kann daher nicht Teil jener Staatsmacht gewesen sein, die durch ihre Fehler dem Islamismus Vorschub leistete. Seitdem ich Präsident wurde, haben wir erfolgreich die nationale Versöhnung vorangetrieben und die Entwaffnung vieler Gruppierungen erreicht. Das nährt meinen Optimismus. So Gott will, werden wir auch mit den restlichen Straßenräubern fertig.

SPIEGEL: Sind die militanten Islamisten bereits vernichtend geschlagen?

Bouteflika: Sehr viele Kämpfer haben die allgemeine Amnestie angenommen. Ich bin zuversichtlich, dass sie tatkräftig am Wiederaufbau Algeriens mitarbeiten.

SPIEGEL: Die Amnestie hat neue Wut geschaffen. Unzählige Algerier, die Freunde und Verwandte durch den Terror verloren haben, sind nicht zur Versöhnung bereit.

Bouteflika: Ich leide mit jenen, die ihre Angehörigen verloren haben, und wir werden alles versuchen, damit die Wunden bald heilen. Immerhin haben 98,6 Prozent der Wähler in einem Referendum für meine Politik votiert. Es stimmt also nicht, dass es hier keine Mehrheit für mich und meine Politik gibt.

SPIEGEL: Trotz Ihrer Bemühungen ist Algerien außenpolitisch noch immer isoliert. Wie wollen Sie das ändern?

Bouteflika: Bis wir unsere Isolation vollständig überwinden werden, müssen wir noch einen dornigen Weg zurücklegen; wir brauchen viel Opferbereitschaft.

SPIEGEL: Bei der Beerdigung König Hassans II. von Marokko haben Sie dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak demonstrativ die Hand gereicht. Suchen Sie den Ausgleich mit Israel?

Bouteflika: Wir unterstützen die gemeinsamen arabischen Bestrebungen, um die Rechte der Palästinenser zu verwirklichen, und verlangen die Befreiung der von Israel besetzten Gebiete gemäß internationalem Völkerrecht. Richtig ist aber auch, dass ich ein Mann des Friedens und der Versöhnung sein möchte.

SPIEGEL: Wird es eine Annäherung Algeriens an Europa geben?

Bouteflika: Wir wollen wieder eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen und suchen eine fruchtbare Zusammenarbeit mit allen Ländern Europas. Dabei kommt Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Wir brauchen die hervorragende Technologie, die immense Erfahrung, über die Deutschland verfügt. Wir haben umfangreiche Bodenschätze zu bieten und günstige Lohnkosten. Einer gleichberechtigten Partnerschaft steht nichts im Wege.

SPIEGEL: Investoren wollen vor allem politische Stabilität. Können Sie die schon jetzt garantieren?

Bouteflika: Wir sind gerade dabei, durch große Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet die Voraussetzungen für Investitionen zu schaffen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass schon bald deutsche Unternehmer zu uns kommen, um in Algerien gute Geschäfte zu machen.

INTERVIEW: ADEL S. ELIAS

destens eine Million Wohnungen. Er will dafür sorgen, dass jeder zur Schule gehen und auch der Ärmste sich ärztlich versorgen lassen kann. „Wir wollen eine Welt schaffen, in der die einen nicht mehr alles haben können und die anderen nicht mehr mit einer Hoffnungslosigkeit leben müssen, die schrecklicher ist als der Tod.“

Doch bevor die Wirtschaft Schwung aufnimmt und die ersehnten Geldgeber und Investoren aus dem Ausland kommen, muss Frieden herrschen über den Gräbern, die noch immer täglich frisch aufgeworfen werden. Nur: Lässt sich dieser Frieden von oben befehlen, die Versöhnung per Gesetz durchsetzen? Kann eine Amnestie, wie Bouteflika sie erlassen hat, die Gräueltaten, das Durchschneiden der Hälse, das Zerhacken der Körper, die Grausamkeiten, die in ihrer alltäglichen Brutalität immer mehr einem Horrorfilm gleichen?

Vor zwei Monaten ist die Frist abgelaufen, die der Präsident reumütigen Islamisten setzte. Untergrundkämpfer, die bis Mitte Januar die Waffen niederlegten und sich den Behörden stellten, sollen straffrei ausgehen – so hat es das in einem Referendum mit knapp 99 Prozent bestätigte Gesetz über die „Wiederherstellung der bürgerlichen Eintracht“ bestimmt.

Bouteflika wähnt seine Initiative schon von Erfolg gekrönt. Die Islamische Heilsarmee, der bewaffnete Arm der seit 1992 verbotenen Islamischen Heilsfront (Front islamique du salut – FIS), hat ihre Auflösung verfügt. 80 Prozent der Partisanen, 6000 Mann, hätten seitdem aufgegeben, behauptet der Präsident; übrig geblieben seien lediglich kleine Nester von Terror-



risten, eher gemeine Banditen als politisch getriebene Glaubenskämpfer.

Die Strecke zwischen der Hauptstadt Algier und Chlef, gut 200 Kilometer weiter westlich gelegen, ist eine der gefährlichsten Routen im ganzen Land. Die Schluchten des Wad Djer bieten idealen Unterschlupf, das Gelände ist zerklüftet, die dichte Bewaldung reicht bis an die Straße heran. Die zahlreichen Kontrollposten der Armee gleichen kleinen Festungen, in denen sich müde, verschreckte Soldaten verschanzt haben.

Die Fahrgäste der zwei Minibusse auf dem Weg nach Khemis Miliana dachten sich deshalb auch nichts dabei, als sie kurz vor ihrer Ankunft auf eine Straßensperre



FOTOS: NEW PRESS

Ehemalige Islamisten-Kämpfer, Anführer Benaïcha (M.): „Eintracht wiederherstellen“

stießen. Hinter einer Kurve tauchten plötzlich etwa 30 Männer in Vierergruppen aus einem trockenen Flussbett auf. Sie trugen verwaschene Fallschirmjägeruniformen und Militärmützen auf dem Kopf, die Kalaschnikows hielten sie im Anschlag.

Dass etwas nicht stimmte, merkte der vorderste Busfahrer erst, als er die Fußkleidung der vermeintlichen Soldaten sah: keine Stiefel, sondern Sandalen. Er trat das Gaspedal durch, da eröffneten die falschen Beschützer das Feuer. Der überlebende Zeuge Badreddin, 30, sah, wie vor ihm ein Kind getroffen zusammenbrach. In Panik versuchten die Reisenden, aus der Falle zu entkommen – und wurden draußen auf der Straße von einem Kugelhagel empfangen.

Badreddin hatte Glück: „Ich habe zwei Kugeln in den Fuß abgeknegt“, erzählt er im Krankenhaus und zeigt auf seinen Verband. 15 Menschen, darunter mehrere Frauen und Kinder, überlebten den Überfall nicht. Die Täter hatten noch Zeit, sich über einige der Verwundeten mit Messern und Äxten herzumachen.

Nur wenig mehr als einen Kilometer entfernt hatte die Armee an jenem Abend einen echten Kontrollpunkt errichtet. Ihre Hilfe kam zu spät, die Mörder waren auf und davon, ihr triumphierendes Geheul konnten die Soldaten noch in der Ferne hören.

„Sieht so Bouteflikas Frieden aus?“, fragt Mohammed, 40, als die Toten am nächsten Tag zu Grabe getragen werden. Seine Frau und sein Sohn liegen in den roh gezimmerten Särgen. Khemis Miliana, früher eine wohlhabende Handelsstadt mitten in der Mitidja, der fruchtbaren Kornkammer des Maghreb, die schon das alte Rom versorgte, weint um seine Opfer.

Am Horizont hängen Hubschrauber, das dumpfe Grollen der Artillerie dringt bis zum Friedhof herüber. Die Armee beschießt mutmaßliche Stellungen des unsichtbaren Feindes in den Bergen. Die Staatsmacht will ihren Bürgern zeigen, dass sie Massakern nicht ohnmächtig zusieht – eine Trotzreaktion, nicht viel mehr, wie die Einwohner wohl wissen.

Über 300 Tote hat die unabhängige Presse seit dem Ablaufen der Friedensfrist gezählt. Falsche Straßensperren, Überfälle, Mordanschläge, Entführungen – die Gewalt hat nachgelassen, besiegt ist sie nicht.

Der Präsident verspricht, uneinsichtige Terroristen würden fortan gnadenlos verfolgt werden. Die Kämpfer der Islamischen Heilsarmee, die ihren Partisanenkrieg eingestellt haben, werden von ihm dagegen wie verlorene Söhne begrüßt, die auf den rechten Weg zurückgefunden haben. Sie selber empfinden sich nicht als „Verirrte“ und schon gar nicht als Geschlagene.

In Tchine, vier Kilometer außerhalb der Stadt Chlef, hat Ahmed Benaïcha mit seinen Männern Quartier in einem von Orangenhainen umgebenen, heruntergekommenen Bauernhof bezogen. Dieser Emir, ein früherer Koranlehrer, befehligte den Westabschnitt der Heilsarmee, bis hin zur marokkanischen Grenze. Auf seinen Kopf und auf den seines Kameraden Madani Mezrag, Kommandeur der Ostregion, hatten die Behörden 4,5 Millionen Dinar (etwa 135 000 Mark) ausgesetzt.

Nun soll er straffrei ausgehen, ein anerkannter Verhandlungspartner des Militärs und der Regierung. Die Behörden haben seinen Leuten – bärtigen Gestalten im afghanischen Gewand, neue Ausweise und polizeiliche Führungszeugnisse ausgestellt. Man bestätigt ihnen gern, unbescholtene Bürger zu sein. Auch Geld hat man ihnen versprochen, als Übergangshilfe für die Rückkehr ins Zivilleben. Auffallend viele Lehrer sind dabei, und sie freuen sich schon darauf, bald wieder unterrichten zu dürfen – natürlich im Geist und nach den Gesetzen des Koran.

Aber noch haben die meisten ihr Gewehr geschultert, auch Benaïcha: angeblich zum Selbstschutz. „Wir waren nie Terroristen“, sagt der Emir. Dass die Islamische Heilsarmee auf das Amnestieangebot eingegangen sei, dürfe nicht als Kapitulation missverstanden werden: „Für uns ist das keine militärische Niederlage, wir haben den Krieg nicht verloren.“

Hätten sich sonst die algerischen Generale, noch immer die wahren Machthaber im Land, zu Waffenstillstandsverhandlungen mit ihm und Mezrag herbeigelassen? Benaïcha lobt seine Partner in den regulären Streitkräften: „Bis jetzt halten sie sich genau an ihre Verpflichtungen.“ Dazu gehört vor allem die Freilassung der Gefangenen.

Die Islamische Heilsarmee demobilisiert ihre Gotteskrieger. Aber sie hat den Kampf nicht aufgegeben. Sie will ihn nur mit anderen Mitteln fortführen – und letztlich einen politischen Sieg erringen, so wie zur Jahreswende 1991/92, als die Heilsfront bei den ersten freien Parlamentswahlen, die Algerien nach fast 30 Jahren unter der Herrschaft der Einheitspartei FLN erlebte, im ersten Durchgang über 47 Prozent der Stimmen errang.

Benaïcha wurde damals auf Anhieb gewählt. Doch das algerische Militär, das sich ähnlich wie das türkische als Wächter der

**Bürgerwehr von Ouled Allal: „Amnestie schützt die Terroristen, aber wer schützt uns?“**

modernen Republik begreift, zog die Notbremse; der zweite Wahlgang fand nicht statt, die Heilsfront wurde verboten, ihre Gründer, der Philosophieprofessor Abbasi al-Madani und der feurige Prediger Ali Belhadsch, kamen ins Gefängnis. Benaïcha, der ebenfalls kurz in Haft genommen wurde, tauchte unter und nahm den bewaffneten Kampf auf.

Was Bouteflika heute Algeriens „nationale Tragödie“ nennt, begann – ein blutgetränktes Jahrzehnt, in dem die aufgeschlitzten Gurgeln ihrer Opfer zum grausigen Markenzeichen der Heilsarmee und ihres noch radikaleren Zwillings, der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA), wurden.

Vor allem deren Banden, vielfältig zersplittert, ohne einheitliches Kommando und oft nur ein Dutzend Partisanen stark, mordeten bald nicht nur Repräsentanten und Funktionsträger des Regimes; sie holten zum Dolchstoß auf das Herz der bürgerlichen Gesellschaft aus.

„Wer nicht für uns ist, stellt sich gegen uns“, verkündeten ihre Anführer – ein Freibrief für den Krieg gegen das eigene Volk. Auf die Todeslisten kamen Bürgermeister, Intellektuelle, Künstler, Lehrer und Journalisten. Die Islamisten erpressten Schutzgelder von Kaufleuten, stahlen Bauern das Vieh, verschleppten junge Frauen. Waren sie schwanger, wurden sie als nutzlose Last umgebracht – häufig mit Knüppeln totgeschlagen, um Munition zu sparen.

Die Unbeugsamen des GIA, wahrscheinlich noch 2500 bis 3000 Mann, widerstehen allen Versöhnungsgesten. Durch weiteren Terror wie in Khemis Miliana wollen sie ihre Stärke vorführen und Bouteflikas Friedensplan sabotieren. Für sie ist die Staatsmacht „taghut“, ein tyrannischer Götz, und wer ihm dient, ein „kafir“, ein Gottloser, der den Tod im Heiligen Krieg verdient – je grausamer, desto besser, damit das Opfer für seine Verfehlungen noch mit Qualen büßt, bevor es stirbt.

In Ouled Allal, einem Ortsteil der Gemeinde Sidi Moussa, gut 20 Kilometer von Algier entfernt, hatten die Besessenen Allahs ihren Gottesstaat im Kleinformate errichtet, fast vier Jahre lang. 1993 sickerten hier die ersten Islamisten ein. Sie waren nicht aus der Gegend, niemand kannte sie. Mit der Waffe in der Hand benahmen sie sich wie die neuen Herren über die 8000 Einwohner, Bauern, Fabrikarbeiter und Händler, die sich einen bescheidenen Wohlstand erwirtschaftet hatten.



Massaker bei Algier (1998): Dolchstoß auf das Herz der Gesellschaft

Auf Flugblättern drohten sie der Bevölkerung, wer sich widersetze, sei des Todes. Sie meinten es schrecklich ernst. Verurteilte zerrten sie zu einem Brunnen, über der mit einem Gitterrost verkleideten Öffnung schützten sie dem Opfer die Kehlen von einem Ohr zum anderen auf, das Blut schoss aus der Halsschlagader in den Schacht hinab – eine symbolkräftige, rituelle Hinrichtung, die dem Schächten der Schafe zum islamischen Opferfest gleichkam.

Von Entsetzen gepackt, flohen die Einwohner. Der Staat hatte Ouled Allal aufgegeben. Die Islamisten sprengten die einzige Brücke, die in den Ort führte, riegelten ihr erobertes Gebiet mit einem Minengürtel ab und präparierten die Häuser zu Bombenfallen. Aus ihrer Zitadelle

„Ohne Gerechtigkeit ist der Frieden zum Scheitern verurteilt“

heraus unternahmen sie immer wieder Ausfälle, um Anschläge in der näheren Umgebung zu verüben.

Der Terror verwandelte die anliegende Gemeinde Sidi Moussa mit ihren mehr als 30 000 Einwohnern in eine „verbrannte Zone“, in der alles Leben erstarb, so der stellvertretende Bürgermeister Mohammed Ammimer. Fabriken schlossen, ein großes Werk zur Herstellung von Fertighäusern wurde niedergebrannt, 10 000 Arbeitsplätze gingen verloren. Das Rathaus, die Polizeistation, die Schulen – alles musste geräumt werden, fast täglich explodierten Bomben.

Ouled Allal blieb verbotenes Gebiet bis 1997, als die Armee sich endlich zur Rückeroberung entschloss. Sie stürmten die Islamisten-Festung wie die Russen Grosny: mit Luftangriffen, Hubschraubern, Panzern und Geschützen. Dann rückte die Infanterie nach und säuberte Haus um Haus. Sie machte keine Gefan-

genen. Über 600 Wohngebäude wurden völlig zerstört.

Der Ort ist noch immer ein Trümmerfeld und noch immer nicht sicher. Aber 120 Familien sind inzwischen zurückgekehrt, darunter die kopfstärke Sippe von Amara Boualem, 60, der früher mit Baumaterial handelte und alles verlor. Der Alte hat sich den „Patrioten“ angeschlossen, einer von der Armee bewaffneten Bürgerwehr, die in Schichten Wache schiebt. Boualem unterstützt Bouteflikas Projekt der nationalen Eintracht: „Es ist, als ob vom Himmel ein schlechtes Korn auf uns gefallen wäre, aus

dem eine schreckliche Saat wuchs. Jetzt ist der Alptraum vorüber.“

Zweimal in der Woche, mittwochs und sonntags, versammeln sich in der Hauptstadt die Angehörigen der Opfer des Terrorismus, überwiegend Frauen. Sie haben sich in einer nationalen Organisation zusammengeschlossen und verlangen für ihre Toten die Anerkennung als Märtyrer der Republik – mithin eine moralische und materielle Wiedergutmachung, wie sie auch die Hinterbliebenen der Gefallenen aus dem Befreiungskrieg gegen Frankreich erhalten.

Samira Hammatache, 34, ist seit fast sechs Jahren Witwe. Ihr Mann, ein Polizeioffizier, wurde am 5. April 1994, am Geburtstag ihres jüngsten Sohnes, im Alter von 32 Jahren auf der Straße im Islamisten-Viertel Kouba erschossen.

Der Mord wurde vom staatlichen Dienstherrn als normaler Berufsfall klassifiziert. Hammatache bezieht eine winzige Pension. Mit ihren zwei Kindern wird sie keinen Ehemann mehr finden. „Bouteflika hat uns verraten“, sagt sie. „Er unterscheidet nicht mehr zwischen Opfern und Tätern. Seine Amnestie schützt die Terroristen. Aber wer schützt uns?“

Sie wird nie verzeihen, dem Präsidenten spricht sie das Recht ab, an ihrer statt zu vergeben: „Ohne Gerechtigkeit ist der Friede zum Scheitern verurteilt.“ Sie kennt Frauen, die „wie Hunde umherstreunen“. Den Mann verloren, von der Familie verstoßen, bleibe ihnen nur die Wahl zwischen Selbstmord und Prostitution. In einer muslimischen Gesellschaft ist das Letztere ein sozialer Tod.

Malika Bouliche, 42, Witwe eines Kaufmanns, der sich weigerte, „Steuern“ an die islamistischen Untergrundkämpfer zu entrichten und dafür mit seinem Leben bezahlte, wäre bereit zu töten, um ihren Mann zu rächen. „Jeder Amnestierte, jeder freigelassene Terrorist“, sagt sie, „ist wie eine Wiederholung der Mordtat. Man tötet uns noch einmal.“

ROMAIN LEICK